

Wossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3605, Fernschreiber Dönhofs 3686—3698, Televisum: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 2,24 M Postgebühren), bei Postabteilung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] • Nr 43

DONNERSTAG, 26. JANUAR 1933

MORGEN-AUSGABE

Das Spiel hinter den Kulissen

Hugenberg verhandelt mit Frick — Kommt es zur Auflösung?

Die Deutschnationalen zeigen sich in den letzten Tagen sehr geschäftig. Sie geben sich den Anschein, als ob sie den Reichspräsidenten schon ferner für ihre Zwecke gewonnen hätten, daß es genügen würde, ihm ihre Kandidaten für ein neues Kabinett zu präsentieren, damit Schlegel zum Ministerpräsidenten ernannt und Hugenberg, als Minister für die Finanzen, mit dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick in die Regierung. Schon den Beteiligten ist nachher erklärt worden, es sei noch keine Einigung erreicht worden über die Personen, aus denen die neue Regierung gebildet werden sollte.

Das wird man ohne weiteres als wahr hinhinnehmen können. Seitdem der Konflikt zwischen Adolf Hitler und Gregor Strasser entstanden ist, haben nicht nur der frühere Reichstagsminister von Papen, sondern auch andere Persönlichkeiten sich sehr um eine neue Annäherung zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen und um die Wiedererrichtung der Hugenberg-Front, die unter einer neuen Form und einem neuen Namen wieder in Aktion treten sollte, bemüht.

Nationalsozialisten und Deutschnationale sprechen jetzt um eine gewisse Feindschaft miteinander und übereinander. Aber ferner ist es zweifellos nicht, wie man in Deutschnationalen Kreisen glauben mag, daß die Nationalsozialisten heute bereit sind, sich vom Geheimrat Hugenberg los zu lassen und einen von ihm vorgeschlagenen Kompromißkandidaten (als welcher von anderer Seite übrigens der frühere Reichspräsident Dr. Schlegel genannt wird) als Reichkanzler zu akzeptieren. Adolf Hitler bezieht heute wie gestern und vor einem halben Jahr darauf, daß seine Partei sich an keiner Regierung beteiligen könne und dürfe, die nicht seinen Namen trägt, und daß der Reichspräsident heute über ein Diktaturregime Adolf Hitler nicht um ein Wort anders denkt als früher, sind die Mittelungen, die von Deutschnationaler Seite lanciert werden und die bald gehen, daß eine Regierung der Hugenberg-Front in nächster Zeit das Kabinett Schlegel bilden werde, lediglich als Stimmungsmache zu wirken.

Wichtiger als das sind und Her der Verhandlungen zwischen den Parteien und Fraktionen, entscheidender auch als die Innenpolitischen veränderungen, die hinter den Kulissen tätig sind, wird die auf Freitag anberaumte Sitzung des Reichspräsidenten. Aus dem Kreis der Befehlshaber vernehmen man, daß die Regierung an diesem Tag und in dieser Sitzung eine Erklärung erzwängen will und daß für sie vor zweifellos in Frage kommt, daß entweder der Reichstag am 31. März verammelt, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen und in einer Abstimmung seine Billensmeinung gegenüber dem Kabinett zum Ausdruck zu

bringen oder daß der Reichspräsident eine Vertagung auf längere Zeit beschließt, aber dann in einer Form, die deutlich erkennen läßt, daß diese Vertagung zu dem Zweck beschlossene worden ist, um der Reichsregierung für einige Monate eine ruhige Durchführung ihrer Pläne zu ermöglichen.

Politische Persönlichkeiten, die mit dem Kanzler und den anderen Mitgliedern des Kabinetts Fühlung haben, finden der Auffassung, daß es so oder so zur Auflösung des Reichstags kommen wird, entweder durch eine Austragung des Konflikts in öffentlicher Plenarsitzung oder aber nach der Sitzung des Reichspräsidenten, wenn die Parteien versuchen sollten, einer Entschcheidung auszuweichen. Das wird als Auflösung der Regierung wiedergegeben mit dem Hinweis

Wachsende Schwierigkeiten in Paris

Zerfall der Majorität — Streik der Börse

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 25. JANUAR

Die politische Lage ist auch jetzt noch, unmittelbar vor Beginn der Plenarverhandlungen der Kammer, völlig unklar. Von dem Sanierungsprojekt der Regierung ist so gut wie nichts übriggeblieben.

Der Generaldirektor der Kammer, Comoreux, der selbst ein Anhänger des Regierungsplans war, wird die Vorlage der Kammer morgen in diesem verunsicherten Zustand präsentieren. Finanzminister Chéron und Ministerpräsident Paul-Boncour wollen erst im Lauf der Diskussion das Wort nehmen. Paul-Boncour, der schon bei der Ueberreichung der ursprünglichen Vorlage die Verantwortung hinsichtlich umgangen hatte, indem er auf die Dringlichkeit der Beratung verzichtete, scheint auch jetzt noch nicht bereit zu sein, das letzte Druckmittel, das die Regierung hat, anzuwenden. Wenn sich nicht aus der Debatte selbst der unbedingte Zwang dazu ergibt, will er die Vertrauensfrage erst bei der zweiten Lesung im Plenum stellen, um noch Zeit zu Verhandlungen mit den Parteien zu gewinnen.

Die Regierung hat bei den Schlussabstimmungen in der Kommission einen gewissen Erfolg errungen. Die Sozialisten, deren Ansichten über die Vorlage Chéron zu nächst geteilt waren, haben sich auf das Drängen des Parteiführers Serriot wieder zusammengesunden und wollen nun geschlossen die Regierung unterstützen. Aber damit ist dem Kabinett Paul-Boncour noch nicht geholfen, denn die Sozialisten und die mit ihnen verbundenen linken linksbürgerlichen Gruppen, die in der Kammer keine Mehrheit

haben, daß der Reichspräsident weitere Entschlüsse erst in dem Augenblick fassen werde, wenn die Frage der Auflösung auf und in beidermaßen Sinne beantwortet worden ist.

Sozialdemokratie gegen Staatsnotstand

In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Vorstands der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Mittwoch ist folgender Beschluß gefaßt worden:

„Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandsrechts. Seine Verwirklichung würde auf einen Staatstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubt und seinen Eliten zugute fällt, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu scheitern allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.“

haben, sind auf eine breite Unterstützung von links oder von rechts zu angewiesen. Schon die getreue Schlussabstimmung in der Kommission, die mit einem Sieg der Opposition endigte, zeigte eine Mehrheit, gebildet aus den Sozialisten und der Rechten, gegen die Regierung. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien und der bürgerlichen Minderheiten haben sich in den letzten 24 Stunden noch verstärkt. Die Sozialisten sind ungehalten darüber, daß die Sozialisten die prinzipiellen sozialistischen Forderungen: Verstaatlichung der Versicherungsanstalten und Petroleum-Monopol, nicht ablehnen und in der Reichstagskommission aus gegen die von den Sozialisten geforderte Erdölgesellschaft gestimmt haben.

Die größte Schwierigkeit aber hat sich innerhalb der Sozialisten über die Frage des Vertrauens ergeben. Der sozialistische Parteiführer Léon Blum hat aufs neue ausgeführt, daß er die Forderung auf eine weitere Verkürzung des Wahlrechts aufrechterhält, und die Regierung zugleich wissen läßt, daß er für seine Fraktion volle Sanlungsfreiheit in Anspruch nimmt. Es wäre denkbar, daß die Minderheit und die gemäßigte Rechte diesen Punkt des sozialistischen Programms zum Anlaß nehmen, um der Regierung ihre Hilfe anzutragen. Aber selbstverständlich werden sie das nicht umsonst tun, sondern dafür eine entsprechende Umwidmung des Kabinetts verlangen. Auch wenn also die Sozialisten und die Rechten sich zur gemeinsamen Opposition zusammenschließen, würde das Kabinett in seiner jetzigen Form die Finanzdebatte wahrscheinlich nicht überleben.

Die einzige Möglichkeit für Paul-Boncour, den Sturz in der Kammer abzuwenden, besteht nach der jetzt vorherrschenden Meinung darin, daß die Regierung die Konvention des Staats bis auf weiteres verzichtet und sich damit begnügt, lediglich das Budget-Gesetz für Februar vom Parlament erwidern zu lassen. Doch das wäre nach den vielen Annäherungen eine so große moralische Niederlage für Paul-Boncour und für Chéron, daß sie auch in diesem Fall wohl nicht mehr lange die Leitung der Staatsgeschäfte halten könnten.

Die Beschlüsse der Finanzkommission haben im Publikum außerordentliche Erregung hervorgerufen. Das öffentliche Interesse wurde heute noch durch den ungewöhnlichen Streik an der Pariser Börse verstärkt. Die Pariser Geschäftsmänner (Agents de Change) sind halbe Staatsbeamte und können sich daher einen öffentlichen Streit nicht leisten. Dafür tauchen sie ihre Angehörigen. Die Kommiss der Effektenbörsen hielten vor Beginn der heutigen Börsenöffnung eine Beratung ab und beschloßen einstimmig zum Protest gegen die von der Kammer geplante Befestigung der Angehörigen einen allgemeinen Streik durchzuführen. Der Beschluß kam vollkommen überraschend und infolge dessen gab es vor der allen Franzosen offenstehenden Pariser Börse heute eine große Verunsicherung, als man dort die Plakate mit dem Streifenschilder sah. In der Streiterklärung heißt es: Wir wollen lieber unter dem Knut unserer Arbeit sterben, als der Arbeitlosenunterstützung zur Verfügung stehen. Einige der Streikenden behaupten, daß die Börsenlose zu Beginn der Sitzung

Hitler-Politik ruiniert Bauernschaft

Die Pfälzer Bauern-Organisation muß liquidieren

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KAISERSLAUTERN, 25. JANUAR

Der Vorstand der Pfälzer Bauernschaft, der einschließlich seines Vorstands, von Mitgliedern, sich aus Nationalsozialisten zusammenhat, hat jetzt die Liquidierung der Bauernschaft in aller Form aus wirtschaftlichen Gründen erklären wollen, nachdem wieder von der Partei noch vom Reichspräsident, dem die Pfälzer Bauernschaft angehöre, ihr Hilfe zu erweisen war.

Dieses Schicksal einer einst blühenden Wirtschaftsgesellschaft, die aus einer Vereinigung des Pfälzer Bauernschafts und der freien Bauernschaft entstanden war und nahezu 20.000 Mitglieder zählte, ist ein schmerzliches Beispiel für den Durcheinander der wirtschaftlichen Standesorganisation durch nationalsozialistische Parteipolitik. Nachdem der alte Vorstand herausgedrängt war, wurden die Bauern noch viel Geduld in dem nationalsozialistischen Parteiparagrafen eingeholt. Die Beiträge wurden durch

ein Zwangsabonnement auf die „Örtliche Front“ gefordert. Gegen die Finanzierungsstellen Beschäftigten mußte ein sozialistischer Vertrag abgeschlossen werden.

Die Bauernschaft hat dabei von Monat zu Monat. Nun sind die Beschäftigten so hoch, daß nichts anderes als die Liquidation übrigbleibt. An Stelle der einst blühenden Bauernschaft haben die Nationalsozialisten als Ersatz einen „Pfälzer Bauernschaft“ aufgestellt.

Diesem günstigen Augenblick ergreift nun wieder der alte Vorstand, um unter Führung des Oekonomisten und ehemaligen Reichstagsabgeordneten Janzon, die abseits stehenden Landwirte in einer neuen Wirtschaftsgesellschaft aufzulösen, die zu der guten alten Tradition parteipolitisch unabhängig zurückzuführen will. Der Erfolg wird davon abhängen, ob es gelingt, sich gegen den Terror der jungen Bauernschaft durchzusetzen.